

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

25.01.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Suche nach Atomendlager: Darum erhöht MV den Druck auf den Bund</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 24.01.2023</i> .....	3
2   <b>Mehrheit dagegen</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 25.01.2023</i> .....	4
3   <b>Frankreichs Senat stimmt für schnelleren Bau von AKW</b> <i>jungewelt.de, 24.01.2023</i> .....	5

## Suche nach Atomendlager: Darum erhöht MV den Druck auf den Bund

*Bis zum Jahr 2068 könnte die bundesweite Suche nach einem Endlager für Atommüll dauern. So viel Zeit hat MV nicht, denn in Lubmin muss für die Zwischenlagerung von Brennstäben ab 2036 eine neue Lösung her. Die SPD im Landtag fordert vom Bund Tempo für einen Zeit- und Arbeitsplan.*

**Schwerin/Lubmin.** 2068! Bis zu diesem Jahr könnte sich laut neuesten Plänen die bundesweite Suche nach einem geeigneten Standort für ein Atommüll-Endlager hinziehen. Der SPD in MV dauert das viel zu lange. Im Landtag fordert sie Tempo vom Bund und moniert Fehler im Verfahren.

Im Schneckentempo geht die Suche nach einem Endlager voran. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat 2020 rund 54 Prozent der Fläche Deutschlands benannt, die nach weiterer Prüfung für die dauerhafte Lagerung des Atommülls infrage kommen könnte. Vielerorts formierte sich Widerstand, auch in MV. Jetzt heißt es vom BGE: Bis ein Standort gefunden ist, könnte es noch Jahrzehnte dauern.

### Mehrere Gebiete in MV sollen für ein Endlager untersucht werden

Nicht akzeptabel, findet die SPD im Landtag. Mit dem Koalitionspartner Linke hat sie für diese Woche einen Antrag eingebracht. Inhalt: Tempo machen bei der Endlagersuche. Denn die Zwischenlagerung der 74 Castoren mit radioaktivem Müll in Lubmin endet schon ab 2036. Kritik der SPD: Das Verfahren dauere zu lange, zudem seien auch ungeeignete Flächen ausgewiesen worden.

Mehrere Gebiete hat das BGE in MV ausgemacht. Konkret: große Teile Nord- und Westmecklenburgs bis

nach Rostock, Flächen bei Neustadt-Glewe und südlich Pasewalks (jeweils Tongestein in der Tiefe), bei Grabow und unter den Inseln Hiddensee und Rügen (jeweils Steinsalz). Das spätere Endlager soll in einer Tiefe von 300 bis 1500 Metern entstehen.

### Endlagersuche verzögert sich: Hochradioaktiver Müll bleibt länger in Lubmin

Der Bund müsse einen „konkretisierten Zeit- und Arbeitsplan für die Endlagersuche vorlegen“, so SPD-Umweltexpertin Monique Wölk. Zudem brauche das Land finanzielle Unterstützung bei der vertieften Prüfung der festgelegten Flächen.

Umweltminister Till Backhaus (SPD) hat das Verfahren wiederholt kritisiert. MV dürfe „nicht das Atomklo Deutschlands“ werden, sagte er. Er halte sämtliche Standorte hier für ungeeignet. Rügen schloss er generell aus. Vorwurf: Die BGE habe falsche Daten herangezogen. „Der bisherige Prozess ist für mich an vielen Stellen undurchsichtig und nicht nachvollziehbar“, so Backhaus.

1900 Castoren mit Atommüll lagern bundesweit. In MV bestehe die Sorge, dass ab 2036 für die 74 Castoren in Lubmin eine weitere Zwischenlösung nötig wird. „Dies erfordert eine erneute Prüfung und Genehmigung und kostet wieder Zeit und Geld“, so Wölk.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 25.01.2023 | S. 6

📄 Auflage: 27.664 | Reichweite: 70.189

👤 OZ

## OZ-UMFRAGE

# Mehrheit dagegen

## Fast 90 Prozent dagegen

Die Wirtschaft schlägt Alarm - der Fachkräftemangel in Mecklenburg-Vorpommern ist massiv. Um gegenzusteuern, hat der Vizepräsident der Unternehmensverbände in MV einige Vorschläge gemacht, die für reichlich Diskussionsstoff gesorgt haben.

Neben den Forderungen ausländische Fachkräfte nach MV zu holen oder das Rentenalter anzuheben, regte er auch an, eine längere Arbeitswochenzeit in Betracht zu ziehen. Laut EU-Recht ist es möglich, bis zu 48 Stunden in der Woche zu arbeiten.

Eine überwältigende Mehrheit 89,1 Prozent der Leser der OSTSEE-ZEITUNG kann sich allerdings eine 48-Stunden-Woche nicht vorstellen, wie eine nicht-repräsentative Umfrage ergab. Insgesamt hatten sich 718 Menschen beteiligt. Dem gegenüber stehen 9,6 Prozent der Leserinnen und Leser, die es sich durchaus vorstellen können, bis zu acht Stunden mehr in der Woche zu arbeiten. 1,3 Prozent konnten sich nicht zu einer klaren Meinung durchringen.

## Frankreichs Senat stimmt für schnelleren Bau von AKW

*Der französische Senat hat am Dienstag für einen beschleunigten Bau von Atomkraftwerken gestimmt. Mit 239 zu 16 Stimmen verabschiedete das Oberhaus des französischen Parlaments in erster Lesung einen entsprechenden Gesetzentwurf. Die Senatoren strichen dabei auch das offizielle Ziel Frankreichs, den Anteil des Atomstroms von derzeit 70 auf 50 Prozent bis 2035 zu reduzieren und legten fest, dass ein Dekret über die vorgesehene Schließung von zwölf Reaktoren zu überprüfen sei.*

**Paris.** »Es geht darum, keine Zeit zu verlieren«, hatte Energieministerin Agnès Pannier-Runacher zum Auftakt der Debatte gesagt. Nach dem geplanten Gesetz kann bereits an einem Nebengebäude eines Reaktors gebaut werden, während die öffentliche Diskussion über das Bauvorhaben noch läuft. Für den Bau neuer Reaktoren sind künftig außerdem keine Genehmigungen der kommunalen Ebene mehr nötig, da der Staat

über die Einhaltung der Standards wachen soll.

Der frühere französische Präsident François Hollande hatte 2015 durchgesetzt, dass Frankreich den Anteil des Atomstroms auf 50 Prozent verringern sollte. Dafür sollten 14 Atomkraftwerke vom Netz genommen werden. Präsident Emmanuel Macron hatte jedoch vor einem Jahr die Strategie geändert und den Bau von bis zu 14 neuen Atomreaktoren angekündigt. (AFP/jw)